

Macht — 1977 bis 1981 — ermöglichte es dieser Partei jedoch, trotz der Radikalisierung nach rechts bzw. der Rückkehr vieler enttäuschter Wähler zur „Arbeitspartei“, sich auch langfristig als eine ernsthafte Konkurrenz zum *Ma'arach* zu etablieren. Seitdem zeichnet sich in der israelischen Politik auf der einen Seite die Entwicklung hin zu einem Zwei-Partei-System ab: Der *Likud* und der *Ma'arach* bildeten in der letzten Legislaturperiode zusammen eine große Koalition und fungierten gleichzeitig jeweils als „Mutterparteien“ für einen rechten bzw. „linken“ parlamentarischen Block.

Auf der anderen Seite verstärkte sich die Polarisierung, so daß in der letzten *Knesset* drei ausgesprochen rechtsradikale Fraktionen — die *Tchiya*, die *Tzomet* unter der Führung des Ex-Generals Refa'el Eitan (Libanon-Invasion 1982) und Kahanes *Kach* — einem größeren Block von linkszionistischen und binationalen Kleinlisten gegenüberstehen: Unmittelbar nach der Bildung der großen Koalition verließen nämlich einige prominente Figuren, zusammen mit der *Mapam*-Fraktion, die „Mutterpartei“ *Ma'arach* und brachten der Lobby gegen die Besatzung — *Ratz*, der jüdisch-arabischen *Progressiven Friedensliste* und der Kommunistischen Partei — Verstärkung.

Zur allgemeinen Enttäuschung brachte die Zählung der Stimmen letzte Woche keine wesentliche Veränderung des Gleichgewichts zwischen den zwei Blöcken. Die großen Parteien ziehen ins neue Parlament mit fast der gleichen Anzahl von Sitzen, beide weisen jedoch Verluste zugunsten der kleinen, radikaleren Parteien auf. Gehen nun die Koalitionspartner *Ma'arach* und *Likud* auseinander, so wird der Druck auf sie größer sein, eine jeweils „konsequenter“ Politik zu betreiben; die Diskussion um den Abzug aus der Westbank und Gasa wird verschärft, und für diejenige Partei, die die nächste Regierung bilden wird — mit größter Wahrscheinlichkeit der *Likud* — wird dabei die Abhängigkeit von den kleineren, rechtsradikalen Fraktionen von entscheidender Bedeutung sein. Bleiben die beiden „Großen“ doch zusammen, so müssen sie sich noch ähnlicher werden, um gemeinsam die Attacken von Links und Rechts abzuwehren und den „Nationalkonsens“ zu bewahren. Vor allem werden sie dann versuchen, eine gemeinsame Antwort auf den palästinensischen Aufstand zu finden.

## Die Protest-Wahl

Gab es bei dieser Wahl überhaupt Gewinner, so waren es die vier religiös-orthodoxen Listen, die insgesamt nun mit achtzehn Mandaten im Parlament sitzen können. Diese Parteien, die sich in der

der jüdisch-israelischen Gesellschaft, die religiöse und die ethnische Scheidelinien, zu einem sehr relevanten Druckfaktor, der allerdings eher bei den rechten, national-chauvinistischen Parteien Gehör finden wird. Der Anti-Establishment-Charakter der religiösen Listen wendet sich nämlich keineswegs gegen die Tabus der Nationalstaatlichkeit oder gegen die Besatzungspolitik. Auch wenn nicht alle Orthodoxen eine aggressive rassistische Politik gegenüber den Palästinensern führen würden, und selbst in Hinblick auf die Tatsache, daß die meisten Rabbiner, die sie führen, dem Militärapparat stark entfremdet sind, trotzdem ist auch für sie der *Likud* mit seiner konservativen Politik der natürliche Bündnispartner.

## Die Wirkung der Intifada

War es die Nummer Zwei der *Ma'arach*-Führung, Verteidigungsminister und ehemaliger Ministerpräsident Rabin, der für die Politik des „Knochenzerbrechens“ in den besetzten Gebieten in den letzten Monaten die direkte Verantwortung trug, so benutzte gerade dessen Partei, der *Ma'arach*, die politische Sackgasse, in der die israelische Regierung seit Beginn des palästinensischen Volksaufstandes im Dezember letzten Jahres steht, um die Wähler von der Notwendigkeit eines „Friedens mit Sicherheitsgarantien“ zu überzeugen. Daß die Mehrheit im *Ma'arach* den vollen Abzug aus der Westbank und Gasa, Verhandlungen mit der PLO und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates entschieden ablehnt, ist kein Geheimnis; angesichts der Ereignisse war es jedoch Peres und Konsorten diesmal ein Anliegen, gerade ihre Bereitschaft zu einer internationalen Friedenskonferenz und eventuellen territorialen Veränderungen in den Vordergrund zu stellen: Zum ersten Mal betonte der *Ma'arach* in seiner Wahlwerbung die Notwendigkeit, die 1967 besetzten Gebiete teilweise und stufenweise zu verlassen, und setzte auf diese Linie als hauptsächlichstes Unterscheidungsmerkmal zum *Likud*.

So war trotz der ähnlichen Botschaften der beiden großen Parteien — beide wollen Frieden, beide benutzen die nationale Fahne als ihr Symbol, beide errichteten einen „Rat für Frieden und Sicherheit“ (*Ma'arach*) bzw. einen „Rat für Sicherheit und Frieden“ (*Likud*) aus ehemaligen Offizieren, die den Friedensäußerungen ihrer Parteien den professionellen Hauch der Glaubwürdigkeit verleihen sollten — der *Ma'arach* eher in der Offensive. Seine Argumentation brachte den *Likud* mit den „Unruhen“ in Verbindung, und er behauptete, daß ein Abzug, eine Attenuierung der

Anzahl der Kinder, die in der israelischen Armee dienen, die Existenz Israels bedrohe. Der palästinensische Mutterleib, faßten *Ma'arach*-Sprecher zusammen, sei die größte Bedrohung für die Existenz Israels.

## Von der „Demographischen Gefahr“ zum „Transfer“

Für diejenigen, die diese Argumentation ernst nahmen, führte jedoch der Weg nicht unbedingt zum *Ma'arach*. „Der *Likud* ignoriert die demographische Gefahr — der *Ma'arach* zieht daraus keine Konsequenzen“ war aus rechtsradikalen Kreisen zu hören. War die offene Propaganda für eine Vertreibung der Palästinenser aus „Groß-Israel“ in den vergangenen Jahren auf die rechtsaußen stehende, religiös-fanatische *Kach*-Bewegung des Rabbi Me'ir Kahane beschränkt, so wurde im Laufe der letzten Monate die „Transfer“-Idee zum integralen Teil der Wahlkampfdebatten.

Während die Wahlkommission auf Antrag mehrerer Parteien Kahanes Liste von den Wahlen mit der Begründung ausschloß, sie würde Rassismus und Volksverhetzung propagieren und verstoße dadurch gegen ein neulich verabschiedetes Wahlgesetz, ließ sie die Teilnahme der *Moledet*-Liste zu. Diese Liste, die nicht nur rassistisch, sondern auch zynisch für einen „freiwilligen Transfer“ der arabischen Bevölkerung außer Landes eintritt, wurde vom Ex-General Rehav'am Ze'evi, der ausgerechnet den Spitznamen „Gandhi“ trägt, erst vor kurzem gegründet.

In Israel begann ein neuer politischer Witz zu kursieren: „Frage: wie sagt man *Kahane* auf indisch? Antwort: *Gandhi*“. So sehr die Gleichsetzung der beiden Listen auch zutrifft, stellt sie jedoch eine gewisse Verharmlosung der *Moledet* dar. *Moledet* — auf hebräisch „Heimat“ — gelang es jetzt, zwei Sitze im Parlament zu erlangen. So wird Kahanes Schwund von der parlamentarischen Bühne und die Tatsache, daß ihm die Legitimation als Teil des etablierten politischen Rahmens entzogen wurde, durch die Anwesenheit von Ze'evi-„Gandhi“ und einem weiteren Abgeordneten der *Moledet* „ausgeglichen“. Aber Ze'evi ist in vielerlei Hinsicht bei weitem gefährlicher als Kahane: Kahane galt für die Presse im allgemeinen als ein verwirrter Narr, der die *Knesset*-Sitzungen dauernd unterbrach, um abenteuerliche Sprüche vermischt mit Zitaten aus dem Alten Testament zu verlesen. Er wurde auch als Abgeordneter zunehmend isoliert: Er verlor seine Bewegungsfreiheit, seine Immunität, und schließlich auch die Zulassung zu den Wahlen selbst.

„Gandhi“ dagegen ist eine prominente Persönlichkeit des öffentlichen Lebens in Israel. Er hat eine lange Militärkarriere hinter sich und Direktoren von großen Na-



Wahlplakat der rechtsradikalen *Moledet* (Heimat), die einen „freiwilligen Transfer“ der Palästinenser propagiert. Auf dem Plakat heißt es: „Wer wird gehen? Wir oder sie? Wähle Transfer!“ Die Pfeile unterstreichen die Aussage: der weiße Pfeil mit dem Davidsstern zeigt „ins Meer“, der schwarze Pfeil mit Halbmond und Stern (für die Palästinenser) in den Bereich der arabischen Länder.